

Dieser Krieg zwischen der NATO und Russland in der Ukraine geht auch an *unsere* Existenz: die Preissteigerungen für Lebensmittel erreichen mittlerweile mehr als 20%; die Gaspreise haben sich nahezu verdoppelt; und die in den letzten Wochen und Monaten erkämpften Lohnerhöhungen sind in Wahrheit gar keine Erhöhungen; sie gleichen nämlich oft noch nicht einmal die Preissteigerungen aus.

Weder Krieg, noch Inflation »*brechen einfach aus*«, wie es gerne formuliert wird. Dieser Krieg ist seit Jahren vom Westen vorbereitet worden: Washington, Berlin, Paris, London und Brüssel haben Russland durch die NATO-Osterweiterung immer weiter eingekreist und bedroht; sie haben die Ukraine zu einem Aufmarschgebiet gegen die Russische Föderation gemacht und Kiew in diesen Krieg getrieben. Wie auch immer man zu Moskaus militärischem Vorgehen im Einzelnen stehen mag, klar ist: die NATO hat diesen Krieg forciert und ihn vom Zaun gebrochen, und zwar bereits 2014, nicht erst 2022.

Kriege aber sind teuer; das gilt auch Stellvertreterkriege: Waffen müssen produziert und geliefert, ukrainische Soldaten ausgebildet, sog. Militärexperten entsendet, militärische Aufklärung betrieben und das Regime in Kiew finanziell gestützt werden. Deutschland gehörte zwischen 2014 und 2022 zu den wichtigsten Rüstungslieferanten für die Ukraine; seit dem 24. Februar letzten Jahres schickt Berlin Waffen und Munition im Wert von zig Millionen Euro an Kiew — und zwar auf Kosten deutscher Steuerzahler.

Parallel dazu hat die Ampel die Gunst der Stunde genutzt, um das *größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg* anzugehen: 100-Milliarden Euro für die Bundeswehr wurden mal so eben aus dem Ärmel geschüttelt. Und mit dem 2%-Ziel der NATO sollen nun jedes Jahr mindestens weitere 80 Milliarden in die Armee gepumpt werden.

Aber auch der Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland kommt Deutschland teuer zu stehen: Die Ampelregierung hat uns das billige Gas aus Russland abgedreht und es gegen teures Gas — vor allem Fracking-Gas aus den USA — eingetauscht.

Es geht also um *hunderte Milliarden Euro*. Und weil dieser Krieg so teuer ist, muss dieses Geld auch irgendwo her kommen. Für die Herrschenden in diesem Land ist klar: aus ihren Taschen wird nichts gezahlt. Und so werden die steigenden Energie-Kosten auf allen Ebenen auf die breite Bevölkerung abgewälzt, in Form der allgemeinen Inflation und der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise insbesondere. Es handelt sich also um eine kalkulierte Verarmungspolitik der Bundesregierung im Interesse ihrer Kriegspolitik und zugunsten der Monopolkapitalisten, vor allem der Energiekonzerne und der Waffenindustrie.

Dem gilt es, entschieden entgegenzutreten! Dafür müssen wir uns organisieren, Solidarität leben und kämpfen! Als Heizung, Brot und Frieden haben wir uns genau dafür zusammengeschlossen. Auch die vergleichsweise hohen Forderungen in den aktuellen Tarifrunden sind richtige Ansätze. Zugleich müssen wir kritisieren, dass sich die Gewerkschaften zuletzt — etwa in Sachen Post — wieder mal zu schnell haben abspeisen lassen, und das obwohl die Kampfbereitschaft der Belegschaft eindeutig da war! Die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Werktätigen wird in der Gewerkschaftsbasis sehr kritisch gesehen. Das gilt besonders mit Blick auf die Kosten der Sanktionspolitik der Ampelregierung. Wir sagen ganz klar: Wir wollen euren Krieg nicht! Und wir wollen nicht dafür bezahlen! Wir wissen, dass der derzeitige Kriegskurs und die aktuelle Verarmungspolitik *untrennbar* miteinander verwoben sind. Und daher muss auch der Kampf gegen beides *gemeinsam* geführt werden! Entsprechend verurteilen wir auch mit aller Schärfe, dass der Großteil der Gewerkschaftsführung — im Gegensatz zur Basis — den antirussischen Kurs der Ampelregierung mitträgt! Mit dieser Haltung nämlich lassen sich am Ende weder der Krieg, noch die Verarmungspolitik bekämpfen.

Deshalb: Schluss mit der Kriegshetze und der asozialen Verarmungspolitik!
Heizung, Brot und Frieden statt Frieren und Hungern für ihren Krieg!